

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Nach dem Diesel-Urteil: Pakt gegen Fahrverbote und für ideologiefreie Verkehrspolitik

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, mit dem Abgeordnetenhaus von Berlin und allen relevanten Akteuren einen „Pakt gegen Fahrverbote und für ideologiefreie Verkehrspolitik“ zu schließen, mit dem auch der Gesundheitsschutz und die Luftreinhaltung verbessert werden.

Der Senat wird aufgefordert, Fahrverbote und damit verbundene Chaostage im Interesse Berlins zu vermeiden. Dazu ist ein Bündel an Maßnahmen erforderlich, Ausgrenzungen und Verbote sind aber der falsche Weg

Dabei sind insbesondere folgende Vorschläge zu berücksichtigen:

- Die Autoindustrie muss als Verursacher der Schadstoffbelastung Dieselmotoren auf ihre Kosten nachrüsten.
- Ein Maßnahmenpaket für Pendlerverkehre, unter anderem mit P&R am Stadtrand und in Brandenburg, mit der Ausweitung des AB-Tickets über die Berliner Stadtgrenze, mit der Erweiterung des Schienenverkehrs, mit Car-Sharing-Angeboten in der ganzen Stadt, mit dem Ausbau statt dem Rückbau der wichtigen Verkehrsadern für Pendler wie bspw. der Frankfurter Allee, der A100 und der Tangentialverbindung Ost (TVO), um die Innenstadt zu entlasten.
- Zusätzliche Staus tragen nicht zur Luftverbesserung bei. Zur Stauvermeidung muss Berlin ein Sofortprogramm „Grüne Welle“ starten; Tempo 30-Anordnungen als Trick aus der Mottenkiste, die nachweislich zu Verkehrsbeeinträchtigungen führen, sind aufzuheben, Berlin braucht eine intelligente Baustellenplanung, bei der eine Baustelle

ausschließlich für den erforderlichen Zeitraum eingerichtet und nicht gleichzeitig Haupt- und Entlastungsstrecke gesperrt werden.

- Straßenbäume tragen erheblich zu einem besseren Stadtklima und zur Luftreinhaltung bei. Deshalb muss Berlin mehr Straßenbäume pflanzen.
- Der Berliner Senat muss sein Tempo beim Ausbau der Elektromobilität deutlich erhöhen, mit weiteren Prämien den Verkauf von Hybrid- und E-Fahrzeugen fördern.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 15. Juni 2018 zu berichten.

Begründung

Kommunale Fahrverbote sind nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Februar 2018 möglich. Verbotspolitik - sowohl mit streckenbezogenen als auch flächendeckenden Fahrverboten - halten wir in und für Berlin allerdings für den politisch falschen Weg. Deshalb wollen wir alles unternehmen, um Fahrverbote in Berlin zu verhindern.

Viele Berliner sind auf das Auto angewiesen, die BVG hat bisher keine leistungsfähige Alternative für ihre Diesel-Busse, der Wirtschaftsverkehr muss weiter in der Lage sein, die Versorgung Berlins mit mehr als 3,7 Millionen Menschen sicherzustellen.

Was nützt es, wichtige Verkehrswege zu sperren, wenn Fahrzeuge diese dann auf anderen Wegen umfahren und dort dann zu einer Erhöhung der Luftschadstoffe sorgen?

Berlin muss mit intelligenten Lösungen das Thema Luftreinhaltung und Gesundheitsschutz anpacken und in enger Abstimmung mit BVG, Verbänden und Verkehrslenkung in einem „Pakt gegen Fahrverbote und für ideologiefreie Verkehrspolitik“ mit zahlreichen Maßnahmen für Verbesserungen sorgen. Die in diesem Antrag vorgeschlagene Maßnahmenliste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie ist in Kooperation mit allen Beteiligten weiterzuentwickeln.

Berlin, 28. Februar 2018

Graf Melzer Friederici
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU